

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

106 (4.5.1884) I. Beilage

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 2. Mai. 67. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey, vorübergehend des ersten Vicepräsidenten Beginger.

Am Regierungstisch: Staatsminister Turban, Geh. Rath Ellstätter, Geh. Referendar Glockner, die Ministerialräthe F. Wielandt und Buchenberger.

Tagesordnung: Berathung des zweiten Berichts der Kommission für die Erhebungen über die Lage der Landwirtschaft.

Dieser Bericht umfaßt, wie bereits mitgetheilt, von den in dem Grundfuge der Staatshilfe wurzelnden Vorschlägen diejenigen, welche die Zollfrage, das Eisenbahn-Wesen — speziell das Tarifwesen —, sowie endlich das Steuerwesen betreffen.

Berichterstatter ist der Abg. v. Buol.

Mit der allgemeinen Diskussion wird auf Vorschlag des Präsidenten die Spezialdiskussion über den Kommissionsantrag

Ziffer 1: es sei die Erhöhung des Eingangszolles auf Gerste zu empfehlen, sowie den diesem entgegengestellten Antrag der Abgg. Müller, Klein, Wittmer, Strauß, Däublin, Osianer verbunden, dahin gehend:

„Ziff. 1 der Zusammenstellung der Anträge an die Großh. Regierung dahin zu fassen:

1) die Großh. Regierung wolle sich für mäßige Erhöhung der Getreidezölle seitens des Reiches verwenden.“

In einem einleitenden Worte hebt der Berichterstatter Abg. v. Buol zunächst hervor, daß am Schlusse des Berichtes nur diejenigen Punkte angeführt seien, hinsichtlich deren die Kommission auf Grund ihrer Berathungen zu einem bestimmten Antrage gelangte. Außer diesen seien noch viele andere Fragen im Schoße der Kommission eingehender Prüfung unterzogen worden, ohne daß man jedoch Anlaß zur Antragstellung gefunden hätte. — Wenn Redner in seinen Bericht eine nicht unerhebliche Zahl von Citaten aus Werken hervorragender Volkswirtschaftslehrer aufgenommen, so sei für ihn dabei die Erwägung maßgebend gewesen, daß man, nachdem sowohl Praktiker als Politiker jeder Richtung über die Zollfrage gehört worden, auch die Wissenschaft zum Worte kommen lassen müsse, da es ihr vorzugsweise zu verdanken sei, wenn heute die landwirtschaftliche Frage allernächst lebhaft diskutiert werde.

Was die Wirkung anlangt, welche man seitens der Reichsregierung von der Einführung der Getreidezölle erhofft, so ergebe sich aus den Motiven des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1879, daß man mit Hilfe der Zölle der inländischen Produktion den fast ganz verlorenen Markt habe zurückerobern wollen. Die Kommission stehe auf der Grundlage des Reichsgesetzes und habe darum auch gegen einen Getreidezoll nichts einzuwenden, der, ohne die Höhe der Brodpreise zu berühren, für Erweiterung des Marktes der inländischen Produkte Sorge trage. Sie hege dabei das feste Vertrauen, daß es der Reichsregierung gelingen werde, hier den richtigen Weg einzuschlagen.

Wenn die Kommission in ihrem Berichte dazu gekommen sei, die Erhöhung des Eingangszolles lediglich in Ansehung der Gerste als empfehlenswerth zu bezeichnen, so habe dies seinen Grund darin, daß nur in Ansehung dieser Frucht, nicht aber in Ansehung anderer Cerealien in den Erhebungen Anregung, eine Erhöhung des Zolls zu beantragen, gegeben sei.

Abg. Klein: Aufgabe aller Berichte der Enquetekommission sei es, Mittel ausfindig zu machen, deren Anwendung die Hebung der Lage der Landwirtschaft insbesondere durch Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen den Produktionskosten und den Preisen, ermögliche. Während der erste Bericht die Erreichung dieses Ziels durch Vermehrung der Produkte anstrebe, arbeite der nunmehr vorliegende auf eine Minderung der Erzeugungskosten hin.

In Ansehung der Zollfrage sei man in der Kommission getheilte Meinung gewesen. Während die Majorität der Ansicht des Abg. v. Buol zugestimmt, habe die Minderheit eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle befürwortet. Das reichhaltige Material, das der Herr Berichterstatter in dem Kommissionsberichte zur Unterstützung der Meinung der Majorität niedergelegt, schein ihm (Redner) bei näherer Prüfung mehr für eine mäßige Zollerhöhung zu sprechen. Was die Motive zum Reichsgesetz vom 15. Juli 1879 anlangt, so sei hier zunächst gesagt, es handle sich bei den vorgeschlagenen Zöllen darum, der gesammten inländischen Produktion vor der ausländischen einen Vorzug auf dem einheimischen Markte zu gewähren, insoweit nach Lage der einzelnen Produktionszweige eine solche Bevorzugung angemessen erscheine. Ferner: es sei eine Hauptaufgabe, den Kornbau im Lande zu erhalten; denselben werde durch die vorgeschlagenen Tariffüsse das Absatzgebiet zurückerobert, das durch Ueberproduktion des Auslandes verloren gegangen. — Nun ergebe sich aber, daß alle diese Ziele durch den bisherigen Zoll nicht erreicht worden seien; man müsse mithin, um dem Ziele näher zu kommen, noch einen Schritt weiter gehen. — Dem gegenüber habe der Abg. v. Buol behauptet, es seien nur wenige Stimmen im Lande für Erhöhung der Getreidezölle laut geworden; auch würde eine weitere mäßige Zollerhöhung nur von

geringem Einflusse sein. Redner habe seinerseits die feste Ueberzeugung, daß in manchen Gegenden des Landes eine auch nur mäßige Steigerung des Getreidezolls von entscheidend wohlthätiger Wirkung wäre. Auch sei keineswegs richtig, daß man die Frage der Zollerhöhung künstlich in die Interessententzweige hineingetragen habe; vielmehr hätten sich diese Kreise selbst vielfach von sich aus unzweideutig für Erhöhung der Zölle ausgesprochen. Auch die in dem Berichte citirten Volkswirtschaftslehrer äußerten sich zu Gunsten mäßiger Zollerhöhung. (Redner sucht dies an den im Bericht enthaltenen Citaten aus Adolf Wagner, Lexis und v. Stein im Einzelnen nachzuweisen.) Insbesondere stehe v. Stein durchaus auf dem gleichen Boden, wie Redner selbst, wenn er zwar in erster Linie verlange, daß der Landwirth aus eigener Kraft sich zu helfen bemühe, daneben aber zum Schutze der inländischen Landwirtschaft die Zulässigkeit und Nothwendigkeit von Getreidezöllen anerkenne.

In dem Berichte sei ferner gesagt: Die Kommission nehme in der Zollfrage die gleiche Stellung ein, die das bayerische Ministerium jüngst gegenüber einer Interpellation wegen Erhöhung der Getreidezölle eingenommen habe, indem sie erklärte, es seien dem Reichstag und dem Bundesrath Petitionen in der angeregten Richtung zugegangen; die Frage liege den Gesetzgebungsorganen des Reiches sonach bereits vor und sei daher eine Antragstellung zur Zeit weder veranlaßt noch opportun. — Der Bericht hätte nur, so meint Redner, noch beifügen sollen, daß der bayerische Minister außerdem erklärt habe, die bayerische Regierung sei bereit, eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle beim Bundesrath zu befürworten. Eine entsprechende Erklärung von Seiten der badischen Regierung zu vernehmen würde ihn (Redner) sehr freuen. — Er hätte, da er einen mäßigen Getreidezoll für prinzipiell richtig halte, gewünscht, der Kommissionsantrag laute dahin, die Großh. Regierung zu ersuchen, daß sie eine mäßige Zollerhöhung befürworte.

Den Ausführungen des Berichtes über Differentialtarife könne er sich anschließen. — Was das Steuerwesen anlangt, so sei das Zustandekommen des Einkommensteuergesetzes dringend zu wünschen, da die Höhe der Steuer bei landwirtschaftlichen Grundstücken vielfach 50 Proz. des Ertrags in Anspruch nehme, während die Kapitalrente weit geringer besteuert sei. Besonders drückend werde von den Landwirthen die Höhe der Steuer namentlich deshalb empfunden, weil die Einschätzung ihres Geländes häufig viel zu hoch gegriffen sei und diese fehlerhafte Einschätzung wieder die Grundlage für die Gemeindebesteuerung abgebe. — Die auf Befreiung der landwirtschaftlichen Hilfsgebäude und Aufhebung bezw. Minderung der Liegenschaftsaccise gerichteten Vorschläge seien, wie der Kommissionsbericht ausgeführt, wegen der daraus sich ergebenden Konsequenzen unannehmbar. In Ansehung der Gemeindebesteuerung müsse entschieden eine Erleichterung angestrebt werden. — Wenn auch überall, und namentlich bei der Regierung, der gute Wille, zu helfen, vorhanden sei, so scheitere die Verwirklichung doch vielfach an den Rücksichten auf die finanzielle Lage des Landes. Weitere Mittel zu beschaffen sei nur möglich durch Vermehrung der Einkünfte des Reiches. Darum befürworte er die Einführung einer ergiebigen Börsensteuer und eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle.

Abg. Schneider (Wannheim): Er sei mit der trefflichen Arbeit des Herrn Berichterstatters, die sich der Landwirtschaft wohlwollend gegenüberstelle, ohne doch die Interessen anderer Berufsstände zu vernachlässigen, durchaus einverstanden. Die Auslegung, welche der Abg. Klein dem Kommissionsberichte gegeben, entspreche dem Inhalte des letzteren nicht, bemähe sich vielmehr, die Meinung der Minderheit in denselben hineinzutragen. Der Bericht selbst führe aus, daß eine Verdoppelung des dormalen bestehenden Getreidezolles 98 Prozent der Landwirthe nicht zum Vortheil gereichen würde und daß selbst in den Gegenden mit Kornbau die Ansichten über die Getreidezölle sehr verschieden seien. — Die mit Recht in dem Berichte citirten Autoritäten auf dem Gebiete der Volkswirtschaft sprächen sich im Allgemeinen nicht für Getreidezölle aus. — Ueberrascht habe ihn, da aus dem Berichte unzweifelhaft zu ersehen, daß die Mehrheit der Kommission sich gegen Erhöhung der Getreidezölle erklärt, der Antrag, es sei eine Erhöhung des Eingangszolles auf Gerste zu empfehlen, denn eine solche Maßregel müsse unzweifelhaft zum Nachtheil der kleineren Bierbrauer des Landes ausfallen.

Auch das Steuerwesen habe in dem Berichte eine durchaus objektive Behandlung erfahren. Unter anderem sei angeführt, es habe die Grundsteuer eine Benachtheiligung dadurch erlitten, daß die Gewerbesteuer und Kapitalsteuer in Erwerb- und Kapitalrenten-Steuer umgewandelt worden sei. Allein über diesen Punkt könne man sich ja wohl beruhigen, da eine Rückbildung im Sinne der früheren Systeme in Aussicht stehe. Ueberdies hätten die Grundsteuer-Pflichtigen absolut keinen Grund zur Klage, denn die Gewerbetreibenden fänden sich durch Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Erwerbsteuer sehr belastet, und falls eine Rekatatristung des landwirtschaftlichen Geländes vorgenommen werden sollte, so würde, da die Preise des landwirtschaftlichen Geländes seit der letzten Einschätzung erheblich gestiegen, die neue Einschätzung nicht niedriger, sondern höher ausfallen als die bisherige. Auch müsse man

den lebhaften Klagen über die Grundsteuer gegenüber die tatsächlichen Verhältnisse in Betracht ziehen. Wie aus den Erhebungen ersichtlich, zahle der Besitzer eines 16 Morgen umfassenden Bauerngutes in Königsbach im Ganzen an Staats- und Gemeindeabgaben jährlich 79 M. Darin liege aber doch gewiß keine Ueberlastung, denn, würde man alle Steuern abschaffen, so stelte sich das Einkommen dieses Mannes doch nur um 79 M. im Jahre höher. Aus der Rentabilitätsberechnung dieses Gutes ergebe sich, daß, nachdem für den Besitzer und dessen Frau 780 M. als Arbeitslohn abgezogen, immer noch 144 M. jährlich zurückgelegt werden könnten, obwohl jener Landwirth sieben Kinder habe. Ganz ähnlich verhalte es sich in anderen Orten. — Betrachte man dagegen die Steuerverhältnisse der Berufsclassen in den Städten, so finde man weit drückendere Zustände, und doch sei das Eigenthum der Gewerbetreibenden bei weitem nicht so sicher, als das des Landwirths. — Gewiß liege für alle Gewerbetreibenden Anlaß vor, sich über die Höhe der Steuern zu beklagen, allein die Ausgaben des Staates stiegen eben von Budgetperiode zu Budgetperiode, die Volksvertretung bewillige dieselben und müsse sich dabei doch sagen, daß die Mittel zur Bestreitung im Steuerwege aufgebracht werden müßten. — Ein sehr verfehltes und bisher in den Volksvertretungen nicht beliebtes Mittel sei es, neue Steuern und Zölle vorzuschlagen, um eine Steuerermäßigung zu erreichen. Viel richtiger wäre doch, darauf zu fassen, wie eine Ermäßigung der Reichssteuern, insbesondere der Tabaksteuer, herbeigeführt werden könne im Interesse der Landwirtschaft. Die Tabaksteuer laste ganz besonders drückend auf dem Grund und Boden und werde noch schwerer empfunden werden, wenn eine schlechte Ernte sich einstelle. — Für eine Ermäßigung dieser Steuer zu wirken würde er sich gerne bereit finden.

Auf die sonstigen von der Kommission gemachten Vorschläge werde er bei der Spezialdiskussion eingehen.

Abg. Müller: Nach den Ausführungen des Abg. Klein könne er sich kurz fassen. Er gehe mit diesem davon aus, daß der Kommissionsbericht konsequenter Weise zu einem Antrage auf Befürwortung der Getreidezoll-Erhöhung hätte kommen müssen. Allerdings hätte man ja auch durch Abschaffung der Differentialtarife eine Abhilfe zu bringen vermocht, allein eine solche Maßregel würde weit schädlicher gewirkt haben, als eine die Brodpreise nicht steigernde Erhöhung der Getreidezölle. — Der Behauptung des Abg. Schneider, daß die Landwirthe auch jetzt noch ganz gut existiren könnten und daß ihre Rente 4—5% betrage, ständen die Ergebnisse der Erhebungen direkt entgegen, denn durch dieselben sei dargethan, daß der größte Theil der landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Rente unter 2% arbeite. — Redner würde lieber gesehen haben, wenn die Kommission eine Erhöhung des Zolles auf Weizen, statt derjenigen des Zolles auf Gerste befürwortet hätte; auch bleibt ihm unverständlich, wie die Kommission sagen könne, die Begünstigung der Finanzen des Reiches liege außerhalb ihrer Aufgabe, da ja doch eine Vermehrung der Reichseinnahmen den Einzelstaaten nothwendig zu Gute kommen müssen. Zum Schluß bittet Redner um Annahme seines Antrages.

Abg. Loh: Der Bericht führe aus, daß eine Erhöhung der Getreidezölle nur einem Theil der Bevölkerung zu gute komme. Dies möge zutreffen. Jedemfalls aber gereiche eine solche Erhöhung allen Steuerzahlern zum Vortheile. Warum solle, nachdem der Schwarzwald seine Holzölle, der Weinbau Weinzölle, die Pfalz ihre Zölle auf Handelsgewächse erlangt habe, allein die den Kornbau treibende Bevölkerung ohne Schutz bleiben? — Allerdings sage man dem Kornbauer, er solle weniger Korn bauen, allein dieser Rath sei schwer zu befolgen, denn nicht jeder Boden eigne sich zum Handelsgewächsbau, und zudem sei Ueberproduktion im letzteren ebenso gefährlich, wie im Körnerbau. Am allerbedenklichsten sei der Vorschlag, man solle zum Futterbau übergehen, denn eine derartige Verringerung der Betriebsweise würde einem großen Theile der Bevölkerung die Arbeitsgelegenheit entziehen und der Auswanderung Vorschub leisten.

Was die Steuerfrage anlangt, so sei die Gütereinschätzung jedenfalls in vielen Landestheilen entschieden zu hoch; dies gelte insbesondere vom Kreise Konstanz; daselbst gelangten fern von Städten gelegene Hofgüter um Spottpreise zum Verkauf. Gerade in diesem Kreise thue eine neue Gütereinschätzung wenigstens in abgelegenen Orten dringend noth und er bitte darum die Großh. Regierung, solche einzuleiten. Entschieden unrichtig sei die Behauptung, daß einem großen Theile der Landwirthe die Zollerhöhung nicht einmal erwünscht wäre. Im Seekreise werde dieselbe lebhaft ersehnt. — Mit den Ausprüchen der Wissenschaft sei es nicht weit her. Sollten die Gelehrten allein die Gesetze machen, dann würden dieselben gewiß verkehrt. Jedemfalls könne — und dies gelte den Ausführungen des Abg. Schneider — wer für Detroit wirke, sich nicht gegen die Getreidezölle erklären.

Abg. Edelmann: Der vorliegende Bericht habe das durch die Wissenschaft dargebotene Material nicht so, wie zu wünschen gewesen, verwerthet. Auch stehe dem Urtheil der dort citirten Volkswirtschaftslehrer das Urtheil anderer Autoritäten gegenüber, die sich für die Getreidezölle erklärten. Für ihn sei bei Erörterung der vorliegenden Frage keineswegs maßgebend, daß nicht aus allen Landestheilen Wünsche nach Zollerhöhung laut geworden, denn

Hier würde offenbar die persönliche Auffassung der Erhebungs-
kommission mit. Er frage sich einfach: wie liegt die Sache
praktisch? Nun sei aber außer allem Zweifel, daß ein
großer Theil der Landwirthe keine und ein nicht geringer
Theil nur eine minimale Rente erziele. Wenn der Abg.
Schneider behauptet, bei den bezüglichen Berechnungen seien
die Schulden vorweg in Abzug gebracht, so habe er offen-
bar nicht genau geprüft, denn diese Behauptung sei nicht
zutreffend. Zudem ergebe sich aus der Rentabilitäts-
berechnung für jenes Gut in Königsbach für den Besitzer
ein täglicher Verbrauch von 54 Pf. Auch nicht der ge-
ringste Arbeiter in der Stadt würde mit einem solchen
Verdienst sich durchschlagen. Aus dieser Berechnung gehe
klar hervor, wie die Landwirthe zur Zeit leben müßten,
um nicht zu Grunde zu gehen. Arbeit aber der größere
Theil der Landwirthe mit Defizit, so zeige dies den Ruin
der Landwirtschaft an. Eine Belastung des ländlichen
Grundbesitzes von 60 % sei jetzt gewöhnlich. Die Preise
stünden auf minimaler Höhe. Nur die erste Hypothek
biete noch Sicherheit. Als Gründe dieser traurigen Ver-
hältnisse führe man die Mißernten an. Allerdings seien
auch sie mit schuld, allein die Hauptkalamität liege in den
niederen Preisen der Produkte. Eine neue Einschätzung
des Geländes würde darum, wenn man den heutigen Klein-
ertrag zu Grunde lege, zu erheblich niedrigeren Steuer-
anschlüssen führen. Zur Zollfrage zurückkehrend bemerkt
Redner: ein großer Theil der ländlichen Bevölkerung sei
auf den Körnerbau angewiesen. Die Preise zu steigern
vermöge derselbe nicht und darum bleibe sein Getreide in
Folge der ausländischen Konkurrenz unverkauft. Der so
oft angerathene Uebergang zu anderen Betriebsweisen lasse
sich aus den schon von verschiedenen Seiten hervorgehobenen
Gründen meist nicht bewerkstelligen. Der Handelsgewäch-
sbau sei zudem nahe an der Grenze der größtmöglichen
Ausdehnung angelangt.

Bei dieser Sachlage werfe sich die Frage auf: sind unsere
Landwirthe jetzt in der Lage, ihre Produkte um einen
Preis abzusetzen, bei dem sie bestehen können? Diese
Frage sei zu verneinen. Darum müsse, wie man bereits
der Industrie helfend unter die Arme gegriffen, nun auch
zu Gunsten der Landwirtschaft vorgegangen werden.
Allerdings solle auch durch Ermäßigung bzw. gerechtere
Vertheilung der Steuern Erleichterung geschaffen werden,
allein da die Ausgaben des Staates nothwendig bestritten
werden müßten, so habe eben die Steuerermäßigung ihre
Grenze. Deshalb sei eine Abhilfe durch mäßige Zoll-
erhöhung, von der eine Steigerung der Brodpreise gewiß
mit Unrecht befürchtet werde, vorzuziehen. — In Mann-
heim schene man sich nicht, vom Doppelzentner Wehl
M. 1.40 Octroi zu erheben. Lasse sich aber eine solche
Maßregel dort ohne schädliche Vertheuerung der Brodpreise
aufrecht erhalten, dann werde man auch gewiß im Reiche
zum Vortheil des Ganzen einen mäßigen Getreidezoll ohne
Erhöhung der Brodpreise durchführen können. — Die
Großh. Regierung sei ohne Zweifel in der Lage, die
gleiche Erklärung abgeben zu können, welche jüngst die
bayerische Regierung in der Abgeordnetenversammlung ertheilt
habe, da ja die Verhältnisse in Baden und Bayern die
gleichen seien. — Daß eine Erhöhung der Zölle nur 2 %
der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu Gute kommen
würde, sei absolut nicht richtig, da auch der kleine Bauer,
schon um seine Steuern und Zinsen zahlen zu können,
Frucht verkaufen müsse. Die bezügliche Berechnung in
den Ergebnissen der Erhebungen sei unrichtig. Die That-
sachen lehrten das Gegentheil. Wolle man die Körnerbau-
treibende Bevölkerung existenzfähig erhalten, dann müsse
man durch halbtägige Zollerhöhung helfen.

Der Abg. Kiefer bedauert, daß man die vorliegende,
so hochwichtige Frage vor halbblinden Vätern erörtere, —
stellt dem Kommissionsberichte das Zeugniß einer durch
Gedankenshraft trefflichen Arbeit aus und fährt sodann fort:
Dem Abg. Lohr vermöge er in der Zollfrage trotz aller
Ausführungen niemals mehr Glauben zu schenken, als den
Autoritäten der Wissenschaft. Letztere zu hören sei in
derartigen Fragen unerlässlich, weil ihnen beweisende Zahlen
und Vielseitigkeit der Beobachtung zur Seite stünden. —
Dem Hause liege ein Antrag vor, der eine mäßige Er-
höhung der Kornzölle befürworte. Er möchte denn doch
die Unterzeichner dieses Antrages und jeden, der demselben
sonst zuzustimmen geneigt sei, bitten, ihm ziffermäßig an-
zugeben, um wie viel eigentlich der bestehende Kornzoll erhöht
werden solle. Ferner frage er, welche Zollerhöhung
nöthig sein würde, um die Wirkungen hervorzurufen, welche
sich der Abg. Edelman erwartete. Dieser Redner habe
bei seinen Ausführungen zu erwähnen vergessen, daß der
kleine Bauer vielfach für seinen eigenen Bedarf Korn zu-
zukaufen, dafür aber im Falle der Zollerhöhung auch den
erhöhten Preis zu zahlen genöthigt sei. Durch die Wissen-
schaft sei dargethan, daß mindestens 10 % unseres Korn-
bedarfs aus dem Auslande bezogen werden müßten. Nun
solle man aber doch der Tagelöhner und der Bevölkerung
größerer Städte — namentlich in der Rheinprovinz und
in Sachsen — bedenken, die ihr Brod zu kaufen gezwungen
seien. Ohne allen Zweifel würde die beantragte mäßige
Erhöhung der Zölle auf die Volksmassen drücken. — Der
Abg. v. Buol habe in seinem Bericht nur Zeugnisse von
Männern nicht extremer Richtung angeführt, die mit einer
gewissen Billigkeit und Vielseitigkeit des Urtheils nach allen
Richtungen Rücksichten trügen; ihm (Redner) möge ge-
stattet sein, das Zeugniß Schäffle's anzuführen, der als
österreichischer Minister die beste Gelegenheit gehabt, die
Import- und Exportverhältnisse zu studiren. Derselbe
sage im Jahre 1880, hohe Kornzölle und Kornpreise be-
schwerten alle diejenigen Bauernfamilien, welche genöthigt
seien, Korn zuzukaufen. Von diesen aber sei gerade in
Mittel- und Süddeutschland eine erhebliche Zahl vorhanden
und deshalb werde ein Kornzoll gerade hier eine schwere
Bedrückung herbeiführen. Der Kornzoll erschwere jeden
gesunden Fortschritt. Nur der Großgrundbesitzer gewinne

durch denselben, während der Handwerkerstand gleichzeitig
Verlust erleide. Aus diesem Grunde seien Kornzölle selbst
als Retorsionsmittel verwerflich.

Der Antrag befürworte eine mäßige Erhöhung der
Getreidezölle. Sachverständige aber zeigten klar, daß der
bestehende Zoll, wenn wirklich die erwartete Hilfe eintreten
solle, auf 4 oder 5 M. erhöht werden müßte. Bei Erörterung
solcher hochwichtigen Fragen sei es eine moralische Pflicht,
seine Ueberzeugung frei auszusprechen. Leider übten auch
in der heutigen Diskussion wieder Schlagwörter ihre
Zauberkraft aus und verbreiteten Irrthümer. Man solle
doch einmal in dem vorliegenden Antrage das Wort
„mäßige“ streichen und die Zölle erhöhen, soweit man für
nöthig erachte! Allerdings werde man dann momentan
dem Kornverkäufer nützen, gleichzeitig aber einen Nothschrei
der Industriekreise hervorrufen, die ihr Brod zu kaufen
genöthigt seien. Gerade Baden sei am wenigsten dazu
angethan, einen Vortheil von der Getreidezoll-Erhöhung zu
erwarten, denn solcher trete nur bei laitifundiertem
Betriebe ein. Den Interessen der mecklenburgischen und
ostpreussischen Großgrundbesitzer zu dienen, sei aber die
badiische Volksvertretung nicht berufen. Für Baden sei
darum der gestellte Antrag besonders ungeeignet. Wolle
man Ersprießliches leisten, dann müsse unter Anwendung
vieler Mittel der Landwirtschaft geholfen werden; aus
einem Punkte ließen sich die vorhandenen Mängel nicht
alle kuriren. Warum sage man denn nicht offen, daß
man gründlich zu helfen gesonnen sei und darum die
Steuerfrage fest anziehen wolle? Offenbar schene
man sich davor, bestimmte Zahlen zu nennen. — Aller-
dings werde darauf hingewiesen, daß eine mäßige Zoll-
erhöhung wenigstens die Einnahmen des Reichs steigern
würde, wenn es sich wirklich nur um einen Finanzzoll
handle, so gebe es gewiß andere, mehr geeignete Steuerobjekte,
als das Brod des armen Mannes. Der vorliegende An-
trag könne nach seiner Meinung schon um deswillen eine
rechte Wirksamkeit nicht äußern, weil er der Regierung
keine bestimmte Instruktion ertheile, sie vielmehr über das,
was sie eigentlich thun solle, im Dunkeln lasse. Eine
Regierung aber, die in der vorwärtigen Frage über die
Grenze des Zulässigen hinausgehe, lade sich eine schwere
Verantwortung auf. — Wenn auch der Antrag der Kom-
mission an einer gewissen Halbheit leide, indem er wenig-
stens die Erhöhung des Gerstenzolles befürworte, so werde
er demselben doch zustimmen, weil er vor dem Kleinr'schen
Antrag entschieden den Vorzug verdiene, und bitte das
Hoh. Haus, das Gleiche zu thun.

Abg. Junghans: Ihm sei allein die Frage erheb-
lich, ob es für unsere nationale Selbstständigkeit und die
Interessen eines großen Theiles unserer Landwirtschaft
treibenden Bevölkerung wünschenswerth sei, daß eine Er-
höhung der Getreidezölle eintrete. Die Durchführbarkeit
der letzteren im Falle der Bejahung dieser Frage hänge
wesentlich von guten Willen ab. — Es wäre zu wünschen
gewesen, daß sich die Erhebungen über die Frage, ob die
Kornzölle für die Fortdauer des Kornbaues nothwendig
seien, näher ausgesprochen hätten. — Was die nationale
Selbstständigkeit anlangt, so sei ohne Zweifel zu beachten,
daß man nicht in Ansehung des unentbehrlichsten Nah-
rungsmittels in Abhängigkeit vom Auslande gerathe. Hier-
über zu wachen sei Aufgabe der Reichsregierung. Anders
verhalte es sich in Ansehung der Frage, ob der Kornbau
bei uns nothwendig oder wünschenswerth sei. Hier finde
sich oft Schwankung der Ansichten und eine zu große
Rücksichtnahme auf die Interessen Norddeutschlands. Nach
seiner Ueberzeugung könne in unserem Lande der Körner-
bau nicht entbehrt werden, da er in vielen Gegenden die
einzig mögliche Betriebsweise sei, auch neben dem Han-
delsgewächsbau einher gehen müsse. Allerdings empfehle
man den Landwirthen vielfach den Uebergang zur Vieh-
zucht, allein auch hier liege die Gefahr der Ueberproduktion
nahe und die in England geplanten Maßregeln einer
Sperrung gegen Deutschland würden die Rentabilität dieses
Betriebs ganz wesentlich beeinträchtigen. — Einige Jahre
vor Einführung der Zollreform habe es den Anschein gehabt,
als solle die deutsche industrielle Arbeit zu Grunde gehen.
Durch die Einrichtung der Zölle sei sie wieder erstarkt. Ge-
währe man dem Landwirthe den gleichen Schutz! — Vielfach
behaupte man, es sprächen viele Interessen gegen die Zoll-
erhöhung, allein maßgebend könne in dieser Frage nur
das Gesamtinteresse sein und die Pflicht, der deutschen
Arbeit auf dem deutschen Markte einen kleinen Vorzug
einzuräumen. Der Widerspruch der Professoren gegen die
Zollerhöhung komme nicht in Betracht, denn die Weisheit
der Gelehrten habe nur zu oft schon die größten Irr-
thümer verbreitet. Die städtische Bevölkerung sei in dieser
Frage nicht selten ungerecht und vergesse, namentlich in
Handelskreisen, ganz das Interesse der Landwirtschaft.
Die Rücksichten auf den Handel aber müßten nothwendig
denen auf die Arbeit nachstehen. Auch würde im Falle
der Erhöhung der Getreidezölle selbst der Getreidehandel
noch genug abwerfen. Für ihn wäre erwünscht gewesen,
wenn zunächst noch weitere Untersuchungen darüber, inwie-
fern der Körnerbau unentbehrlich oder empfehlenswerth
sei, angestellt worden wären. Hätte sich dann gezeigt, daß
derselbe für einen erheblichen Bruchtheil der landwirth-
schaftlichen Bevölkerung von Bedeutung sei, so hätte man
diesem Umstande Rechnung tragen müssen. Da indeß die
Frage für die Landwirthe dieses Hauses bereits ent-
schieden zu sein scheint, so folge er deren Autorität. — Das
Maß, um welches die Kornzölle zu erhöhen seien, bestimme
sich durch die Absicht, unseren Landwirthen die Möglich-
keit des Absetzes ihrer Produkte um einen die Produktions-
kosten etwas übersteigenden Preis zu ermöglichen. Eine Ver-
theuerung des Brodes sei aus einer derartigen Maßnahme
nicht zu befürchten, und wenn auch eine geringe Steige-
rung der Brodpreise eintreten sollte, so habe dies keine
Gefahr im Gefolge, da ja nothwendigerweise in diesem

Falle eine der Erhöhung der Brodpreise entsprechende
Lohnsteigerung eintreten würde.

Was das Steuerwesen anlangt, so unterliege es keinem
Zweifel, daß in vielen Gegenden des Landes, namentlich
auch in seinem Wahlbezirke, die Güter viel zu hoch ein-
geschätzt seien, da die Kaufpreise häufig unter dem Steuer-
anschlage blieben. Man sollte in Ansehung der Grund-
steuer das gleiche Verfahren wie bei den übrigen Ertrags-
steuern eintreten lassen und gestatten, daß beim jährlichen
Ab- und Zuschreiben die eingetretenen Veränderungen an-
gemeldet würden. Auf diesem Wege würde es unschwer
gelingen, die zur Zeit überall laut werdenden Klagen zum
Schweigen zu bringen.

Abg. Köpfer: Bekanntlich werde in einem Theile
unseres Landes Hanf gebaut. In Ansehung des Zolles
auf dieses Produkt herrsche eine gewisse Contrarität der
Interessen der Textilindustrie und denen der Hanfprodu-
zenten. Die letzteren nun hätten sich beklagt, daß man
den im Jahre 1879 auf auswärtigen Hanf gelegten Zoll
im Jahre 1880 wieder beseitigt und dadurch die inländische
Hanfproduktion, welche nun unter dem Drucke der russischen
und ägyptischen Konkurrenz leide, schwer geschädigt habe.
Er sei beauftragt, diesen Punkt hier zur Sprache zu bringen,
und bitte die Großh. Regierung, demselben wohlwollende
Aufmerksamkeit zu schenken.

Großh. Regierungskommissär Ministerialrath Buchen-
berger: Er wolle zunächst an die Bemerkungen des Abg.
Junghans anknüpfen, der als eine schwache Seite der
Enquete bezeichnet, daß dieselbe eine Anzahl Gesichtspunkte
von besonderer Bedeutung nicht genügend erörtert habe;
so insbesondere die Frage, ob Deutschland nach Maßgabe
aller in Betracht kommenden Verhältnisse in Zukunft auf
den Getreidebau verzichten könne. Die Erhebungs-
kommissionäre seien nicht in der Lage gewesen, alle auf den
landwirthschaftlichen Betrieb bezüglichen Fragen gleich
eingehend behandeln zu können, hätten sich vielmehr unter
Beiseitlassung der Erörterung alles Selbstverständlichen
auf die wichtigsten Punkte beschränkt. Es sei ja außer
aller Frage, daß Deutschland jedenfalls auch in Zukunft
auf den Getreidebau nicht verzichten könne, und dies gelte
ebenfalls von Baden. Das dem Getreidebau dienende
Areal betrage in Baden zur Zeit etwa 50 % des gesammten
landwirthschaftlichen Geländes. In dem letzten Decennium
habe sich ein kleiner Rückgang des Körnerbaues bemerkt
gemacht und es werde voraussichtlich dieser Prozeß noch
eine Weile andauern. Die Grenze dieses Rückganges sei
aber jedenfalls dadurch gegeben, daß der Körnerbau wegen
der Stroherzeugung unentbehrlich sei, außerdem werde
stets als besonders werthvoll erachtet werden müssen,
wenn die Landwirthe ihr Brod selbst zu erzeugen ver-
möchten. Die Kommissionäre hätten sich darum in ihren
Berichten bei Erörterung der Frage der Beibehaltung oder
Einschränkung des Körnerbaues darauf beschränkt, letztere
da, wo sie vortheilhaft erscheine, als wünschenswerth zu
betonen.

Es habe sodann der Abg. Edelman bemerkt, die Er-
hebungsberichte litten an einer gewissen Befangenheit, indem
sie nicht sowohl die Stimme der landwirthschaftlichen Be-
völkerung als vielmehr die persönliche Anschauung der
Kommissionäre zum Ausdruck brächten. Dieser Vorwurf lasse
sich um so weniger aufrecht erhalten, als gerade in den
Bezirken, aus welchen Stimmen für Erhöhung der Ge-
treidezölle nicht laut geworden, die Erhebungskommissionäre
überwiegend dem Stande der Landwirthe selbst angehört
hätten. Es gelte dies insbesondere von den Erhebungs-
gemeinden des Schwarzwaldes und denen des überwiegend
Wein- oder Handelsgewächsbauens. In diesen Gegen-
den werde eben nur eine sehr geringe Quantität Getreide
zum Verkauf gebracht, viele Landwirthe seien sogar genöthigt,
ihren Bedarf an Brod und Mehl zum großen Theil zu-
zukaufen, und es bestehe also dort ein Interesse an Er-
höhung der Getreidezölle nur in geringem Grade oder gar
nicht, und wenn darum die Kommissionäre hier eine solche
nicht in Vorschlag gebracht, so hätten sie nicht befangen
gehandelt, sondern lediglich den lokalen Verhältnissen ge-
büthende Rechnung getragen. — Weiter habe der Abg.
Edelman behauptet, in der Enquete sei gesagt, daß nur
2 % der landwirthschaftlichen Bevölkerung überhaupt Ge-
treide verkaufe. Eine solche Behauptung finde sich indeß
in den Erhebungen nicht, vielmehr sei nur gesagt, daß eine
mäßige Erhöhung der Getreidezölle, falls mit ihr — was
keineswegs nothwendig — eine entsprechende Erhöhung der
Getreidepreise Hand in Hand gehe, nur einem kleineren
Theile der Landwirthe zum wirklichen Nutzen gereichen
würde. Die Richtigkeit dieser Behauptung ergebe sich aus
den Ertragsberechnungen, die ja der Abg. Edelman selbst,
soweit es sich um die Bodenrente handle, als zutreffend
anerkenne, indem durch dieselben nachgewiesen werde, daß
selbst Bauerngüter bis zu 40 Morgen von einer mäßigen
Zollerhöhung nur eine minime Mehreinnahme ziehen
würden.

Im übrigen habe die Großh. Regierung zu dieser Frage
bestimmte Stellung nicht genommen, vielmehr, wie auch
sonst, nur referirend wiedergegeben, was in den Einzel-
berichten enthalten sei. — Im Allgemeinen werde man
berücksichtigen müssen, daß in unserem Lande die Verhält-
nisse außerordentlich verschieden gelagert seien, daß des-
halb, wie dies die Enquete schlagen darthut, die Interessen
gerade in dieser Frage innerhalb der landwirthschaftlichen
Bevölkerung selbst weit auseinandergingen, und daß
jedemfalls aus einer etwaigen Zollerhöhung in mäßigem
Betrag nur unerhebliche Theile unserer Landwirthe Vor-
theil zögen. Darum habe auch die Großh. Regierung
von allen deutschen Regierungen gewiß die geringste Ver-
anlassung, selbst bei der Reichsregierung die Initiative
wegen Zollerhöhung zu ergreifen.

Sollte dagegen die Reichsregierung ihrerseits die Initia-
tive ergreifen, dann würde die badiische Regierung die
Frage vom Standpunkte der allgemein deutschen Interessen

zu prüfen haben und unter diesem Gesichtspunkt einer mäßigen Erhöhung der Getreidezölle wohl ebenfalls zuzustimmen vermögen.

Abg. Förster: Unter den am Schlusse der Ergebnisse über die Erhebungen der Landwirtschaft zusammengestellten Vorschlägen sei auch die Erhöhung des Eingangszolles für Tabak befürwortet. Er habe diesen Vorschlag angenommen, weil unser Tabaksteuer-Gesetz an zwei schweren Mängeln leide. Der eine bestehe in Ansehung der Kontrolle. Bezüglich dieser habe allerdings die Großh. Regierung in dankenswerther Weise durch Beseitigung der Nothwendigkeit der Blattzählung Erleichterung geschaffen. Der zweite Mangel liege in dem Verhältnisse der Zölle und Steuern. Schon im Jahre 1883 habe sich gezeigt, daß dieses Verhältniß im Falle einer schlechten Ernte höchst gefährlich für die tabakbauende Bevölkerung sei. Allerdings könne ja durch Fortschritte in der Behandlung des Tabaks, insbesondere durch Einföhrung guter Ertrödenräume, sehr auf die Verbesserung der Qualität des Produktes eingewirkt werden, aber wenn wirklich einmal eine Missernte kommen sollte, welche die Möglichkeit des Absatzes des Tabaks ausschliesse, dann erwache daraus ein schwerwiegender Nachtheil für die betheiligte Bevölkerung. Wenn er auch nicht glaube, daß der jetzige Zeitpunkt für Abänderungsanträge geeignet sei, so bitte er doch die Großh. Regierung, falls der Frage näher gerückt werden sollte, auf Erhöhung des Eingangszolles auf Tabak wirken zu wollen.

In Ansehung der Getreidezölle stehe er auf dem Standpunkte des Abg. Klein und unterstütze dessen Antrag.

Abg. Vogelbach: Er sei auch heute noch der Ansicht, daß man über die Fürsorge für die Landwirthe die übrigen Stände nicht vergessen dürfe, und stimme darum gegen den Antrag Klein. Alle diejenigen, die Getreide kaufen müßten, und ihre Zahl sei nicht klein, wären genöthigt, im Kaufpreise den Zollaufschlag zu entrichten. Der Landwirtschaft im Allgemeinen würde durch eine Zollerhöhung nicht gebent. Ganz besonders schlimm aber wäre deren Wirkung für alle die Klassen, die ihr Brod zu kaufen gezwungen seien. Die Zollpolitik lasse sich wohl mit einem Schachspiel vergleichen. Mache der eine Staat einen Zug zum Nachtheil des anderen, so revanchire sich der letztere alsbald durch einen Gegenzug. Er bitte, dem Kommissionsantrage zuzustimmen.

Der Abg. Strauß tritt entschieden für Annahme des Klein'schen Antrags ein.

Abg. Klein: Man habe im Laufe der Debatte behauptet, die Kornzölle brächten Süddeutschland eine schwere Bedrückung. Diese Behauptung vermöge er nicht als richtig anzuerkennen. Ungerechtfertigt sei auch der Vorwurf, die Antragsteller seien besagen und bewegten sich in Fehlschlüssen. Ihre Absicht sei es lediglich, den Interessen der badischen Landwirthe zu dienen, und wenn sie nicht die Kornschraube scharf anzogen, so geschehe es in der Ueberzeugung, daß zwar eine Gleichstellung der Produktionskosten des In- und Auslandes im Wege der Zollerhöhung nicht erreicht werden könne, daß aber eine mäßige Zollsteigerung dem Produzenten die Möglichkeit des Absatzes biete, ohne den Konsumenten zu belasten. Unter einem mäßigen Kornzoll verstehe er einen solchen von 2 bis 3 M. Dieser werde schon seine wohlthätige Wirkung nicht verfehlen. Absicht der Antragsteller sei es auch keineswegs gewesen, die Regierung zu veranlassen, daß sie beim Bundesrath die Initiative ergreife, um eine Zollerhöhung herbeizuführen, denn die Frage befände sich ja bereits im Flusse. Man habe nur die Großh. Regierung veranlassen wollen, bei sich bietender Gelegenheit für eine mäßige Zollerhöhung einzutreten. Er freue sich über die von dem Herrn Regierungskommissär gegebene Zusage, daß die Großh. Regierung eventuell die deutschen Interessen im Auge haben würde, und bitte seinem Antrage zuzustimmen.

Abg. Schneider (Mannheim): Der Abg. Edelmann habe den Städten zum Vorwurf gemacht, daß sie Octroi auf Mehl gelegt hätten. Was speziell die Verhältnisse Mannheims in dieser Beziehung anlange, so bestehe dort allerdings Octroi auf Brod und Mehl seit unendlicher Zeit, allein der Abg. Edelmann werde doch zugeben müssen, daß es ein großer Unterschied sei, eine längst eingewöhnte Steuer fortzuerheben und eine solche abzuschaffen. Wollte man heute in einer badischen Stadt das Octroi beseitigen, so müßte der entstehende Ausfall von den Erwerb-, Grund- und Häusersteuer-Pflichtigen gedeckt werden, während die Kapital-Rentensteuer-Pflichtigen, da ein stärkerer Bezug derselben nach der bestehenden Gesetzgebung nicht möglich sei, frei ausgingen. Darin würde aber gewiß eine große Ungerechtigkeit liegen.

Was die Zollfrage anlange, so erkläre er sich gegen den Klein'schen Antrag. Man rede stets von einer mäßigen Zollerhöhung, allein auch die Wirkungen einer solchen ließen sich nicht genau übersehen. Alle derartigen Anträge müßten nothwendig die Tendenz der Preissteigerung haben. Nachgewiesen aber sei, daß die Zollerhöhung eine bedeutende sein müsse, wenn sie nicht allein den Großgrundbesitzern zu Gute kommen sollte. Baden würde im Falle der Zollerhöhung vielleicht eine Million profitieren, für diesen Profit aber etwa zwei Millionen aufzuwenden haben.

Abg. Lohr: Wie er den Abg. Kiefer nicht belehren könne, so werde diesem auch nicht gelingen, ihn (Redner) zu belehren. Er für seine Person begrüße es, wenn die Liberalen sich geneigt zeigten, der Landwirtschaft aufzuhelfen, denn bis jetzt habe die Landwirtschaft vom Liberalismus nur wenig profitirt. Das Urtheil Schäffle's in der vorliegenden Frage sei möglicherweise nicht unbefangenen, denn ein patriotisch gesinnter Oesterreicher könne den deutschen Kornzöllen nicht wohl das Wort reden. — Entschieden verneinen müsse er, daß die Zollerhöhung eine Steigerung der Brodpreise zur Folge haben würde, denn

die Zölle habe in der Hauptsache das Ausland zu tragen. Die Antragsteller verlangten einen mäßigen Zoll, der im Verein mit andern Mitteln der Landwirtschaft aufzuhelfen geeignet sei. — Der Abg. Vogelbach habe die Zollpolitik mit dem Schachspiel verglichen. Wenn Redner diesen Vergleich gelten lasse, so müsse er gleichzeitig aussprechen, daß nach seiner Ansicht Amerika uns bereits matt gezeit habe.

Abg. Edelmann: Von verschiedenen Seiten und auch in den Erhebungen sei ausgesprochen worden, daß Baden seinen Bedarf an Getreide nicht selbst zu decken vermöge. Die Anträge, welche man der bezüglichen Berechnung zu Grunde gelegt, seien, weil zu hoch, entschieden unrichtig. Nehme man als Bedarf per Kopf im Jahre 5 Zentner Korn an, wie dies auch in Norddeutschland geschehe, dann verschwinde die behauptete Unterproduktion.

Unrichtig sei ferner die Behauptung, der kleine Mann, der Getreide verkaufe, müsse bald selbst wieder solches anschaffen, und ebenso ungerechtfertigt der Hinweis darauf, daß eine mäßige Zollerhöhung nur eine unbedeutende Steigerung der Einnahme unserer Landwirthe herbeiführen würde, denn für den kleinen Landwirth sei eine jährliche Mehreinnahme von 50 bis 60 M. schon erheblich. — Wenn der Abg. Schneider der Ansicht sei, das Octroi habe nichts auf sich, da es ja schon lange bestehe, so müsse er denselben doch darauf aufmerksam machen, daß dasselbe jeweils nur auf bestimmte Zeit eingeführt werden dürfe, daß demnach die Herren Stadtvertreter immer wieder von neuem sich darüber schlüssig zu machen hätten, ob sie das Brod des armen Mannes vertheuern wollten oder nicht.

— Absicht der Antragsteller sei es nicht, für die Interessen der mecklenburgischen Großgrundbesitzer einzutreten, sondern für das Wohl der badischen Landwirthe und damit des ganzen badischen Landes zu sorgen, denn nur wenn der Bauer Geld habe und kaufen könne, stehe der Industrie gut. Ein kräftiges Anziehen der Zollschraube befürworte er keineswegs, sondern nur eine mäßige Zollerhöhung, weil das Interesse der Landwirtschaft dieselbe dringend erheische. Nehme man Anstand, sie herbeizuführen, so werde ein Verschwinden des Körnerbaues die Folge sein, der Landwirth werde zum Tagelöhner herabsinken und das Ganze Noth leiden. Wie der bisherige Zoll keine Steigerung der Brodpreise gebracht, so werde auch eine weitere mäßige Zollerhöhung keinen Nachtheil bringen. Dem armen Manne aber würde selbst eine mäßige Vertheuerung keinen Schaden bringen, wenn er dabei Verdienst habe, wohl aber müßte er sich trotz billiger Brodpreise übel befinden, wenn es ihm gleichzeitig an Arbeitsgelegenheit fehle. Er bitte dringend, dem Klein'schen Antrage die Zustimmung nicht versagen zu wollen.

Abg. Dänblin: Er hätte wohl auf das Wort verzichten können, wenn nicht von der rechten Seite des Hauses der kirchenpolitische Standpunkt stets betont würde. (Widerpruch rechts.) Im Laufe der Verhandlungen habe sich die Uebung ausgebildet, daß, was der eine Redner gesagt habe, von dem andern mehr oder minder korrigirt werde. Wenn er und seine Freunde eine mäßige Zollerhöhung befürworteten, so redeten sie darum einer Vertheuerung des Brodes keineswegs das Wort, denn eine Verwerfung des bermaligen Zolles würde noch ohne jede Einwirkung auf die Brodpreise bleiben. Allerdings habe man Kapazitäten der Wissenschaft heute gegen die Erhöhung der Kornzölle in's Feld geführt, allein, trotz seiner Achtung vor der Wissenschaft, könne Redner sich nicht verhehlen, daß die Vertreter der Wissenschaft es gewesen, welche das Manchesterthum groß gezogen und dadurch Unheil über unser Land gebracht hätten. Je gründlicher man mit dem Prinzip des Freihandels breche, um so vortheilhafter. Oder sei etwa die Bevölkerung Deutschlands eine wesentlich industrielle, daß man in erster Linie die Industrie berücksichtigen müsse? Gewiß nicht. Darum sei es aber auch Pflicht, die Landwirtschaft nicht hintan zu setzen, sondern ihr zu helfen, wie der Industrie bereits geholfen worden sei. Der Bauer hege ein großes Vertrauen zu dem großen Leiter unserer Reichspolitik und sei überzeugt, daß derselbe mit Einführung der Reichszölle das Richtige getroffen habe.

Wenn der Abg. Schneider behaupte, das bevorstehende Einkommensteuer-Gesetz werde den Gewerbetreibenden in hohem Maße schaden, so erkläre sich dies daraus, daß derselbe nicht den Kommissionsberatungen über den Einkommensteuergesetz-Entwurf angewohnt habe, denn sonst müßte er wissen, daß die Besteuerung des persönlichen Verdienstes der Erwerbsteuerepflichtigen gestrichen worden sei. Wie der hieraus entstehende, zu Gunsten der Gewerbetreibenden zugestandene Ausfall von rund 2 Millionen gedeckt werden solle, sei ihm zur Zeit noch nicht völlig klar. Jedenfalls aber habe er aufgehört zu hoffen, daß den Landwirthen aus diesem Gesetz ein wesentlicher Vortheil erwachsen werde.

Abg. Birkenmeyer: In Ansehung der Zollfrage nehme er immer noch seinen alten Standpunkt ein und stimme darum dem Klein'schen Antrag zu, gegen den kein Redner im Laufe der Debatte schwerwiegende Gründe vorzubringen vermocht habe. Thatsache sei, daß den inländischen Produzenten durch die Konkurrenz des Auslandes der Absatz wesentlich erschwert sei, und wenn auch durch den bisherigen Kornzoll das Uebel einigermaßen gemindert worden, so müsse doch die ausländische Konkurrenz noch stärker bekämpft werden. Diese Erwägungen hätten zur Stellung des Klein'schen Antrages geführt, dem jedes Mitglied des Hohen Hauses zustimmen könne. Allerdings wende man ein, eine Steigerung der Kornzölle vertheuere das Brod, aber diese Gefahr sei doch wohl eine eingebildete. Hauptsache bleibe, daß dem Bauer mehr Geld verschafft werde, und wenn auch die Erhöhung der Kornzölle für sich allein diese Wirkung herbeizuführen nicht geeignet sei, so bilde sie doch wenigstens einen der Faktoren, welche, wie jedes sonst sich darbietende Hilfsmittel, ausgenützt werden müsse. Ver-

bessere man dem Bauer den Markt, dann schaffe man ihm Geld in die Hand. Besitze er aber Geld, so komme er nicht nur gerne seinen Verbindlichkeiten nach, sondern baue auch mehr Korn, als bisher. Allerdings führe der Kommissionsbericht an, eine Ausdehnung des Körnerbaues sei mit Rücksicht auf die starke Parzellirung des Grundbesitzes nicht thunlich. Allein Redner halte diese Behauptung für irrtümlich; sei es doch früher sogar möglich gewesen, Getreide zu exportiren. Man müsse den Bauern nur Muth machen zu weiterer Ausdehnung des Körnerbaues. Statt dessen aber empfehle man den Uebergang zur Viehzucht. Wie lasse sich aber Viehzucht treiben, wenn man kein Stroh habe? Sei doch in dem kalten Winter 1879/80 das Vieh in den Ställen vielfach wegen Mangels an Stroh fast erfroren! — Er bitte dringend, den Klein'schen Antrag anzunehmen.

Abg. Burg: Es sei geradezu wunderbar, wie man, nachdem durch die landwirtschaftlichen Erhebungen dargelegt, daß wir, um unsern Bedarf zu decken, Getreide zukaufen müßten, sowie daß eine Verdoppelung der Getreidezölle nur 2% der landwirtschaftlichen Bevölkerung Nutzen bringen würde, sich noch für Kornzölle begeistern könne. Man verlange allerdings mäßige Erhöhung der Kornzölle, allein diese reiche nicht hin, die gewünschte Wirkung zu erzielen, während höhere Zölle entschieden schädliche Rückwirkung haben müßten.

Der Abg. Junghans habe das Ricardo'sche Lohngesetz herangezogen, allein wenn derselbe sich die Konsequenzen desselben gründlich vor Augen geführt hätte, würde er ohne Zweifel nicht dazu gelangt sein, den Klein'schen Antrag zu unterstützen. Mit Steigerung der Preise der Produkte mindere sich die Konkurrenzfähigkeit gegenüber mit dem Auslande. Die Industrie aber sei nicht in der Lage, ihren Betrieb so rasch zu wechseln, wie dies der Landwirtschaft vielfach möglich sei. — Die Erfahrungen, die der Abg. Strauß im Kreise Mosbach gemacht, könnten nicht maßgebend sein bei Beurtheilung der Frage, was dem ganzen Lande fromme. — Man müsse mit der Thatsache rechnen, daß das Ausland keine Kornzölle habe. Eine Erhöhung der letzteren könnte dazu führen, daß Deutschland sein kaum erobertes industrielles Absatzgebiet im Ausland wieder verliere. Mit Unrecht habe der Abg. Lohr den Parteistandpunkt in die Diskussion hereingezogen. Lediglich die Rücksicht auf die Allgemeinheit dürfe bei Erörterung des vorliegenden Gegenstandes maßgebend sein und diese Rücksicht führe zur Verwerfung der Kornzölle. Er werde darum gegen den Klein'schen Antrag stimmen.

Abg. Friderich: In Baden habe man, so lange die Kornzölle nicht existirt, auch keine Neigung für dieselben verspürt. Sie seien aus Norden importirt worden. — Die Antragsteller führten aus, daß der dermalige Zoll der Landwirtschaft nicht gedient habe und man deshalb weiter gehen müsse. Nun lasse sich aber berechnen, daß auch eine Erhöhung der Zölle auf 2 oder 3 Mark die gewünschte Wirkung nicht herbeiführen würde. Unverständlich sei ihm geblieben, wie durch Steigerung der Zölle die große Masse der Bevölkerung eine Lohnerhöhung erfahren solle. — Der Abgeordnete Birkenmeyer weise darauf hin, daß Baden früher sogar Getreide exportirt habe. Dies sei richtig. Der Grund aber, weshalb dies heutzutage nicht mehr geschehen könne, liege darin, daß man vielfach vom Körnerbau zum Handelsgewächsbau übergegangen sei. — Auch er habe ein warmes Herz für unsere ländliche Bevölkerung und wisse wohl, daß das Geld roulire, wenn der Bauer solches besitze, allein er vergesse gleichzeitig nicht die Interessen der anderen Berufsclassen und beachte, daß die Erhebungen im Resultate einen eigentlichen Nothstand der bäuerlichen Bevölkerung nicht dargezogen hätten. — Für das Haus sei es unmöglich, die Wünsche derer zu erfüllen, die der landwirtschaftlichen Bevölkerung Versprechungen gemacht, die sie nicht zu halten vermöchten. Die große Masse unserer Bauern verkaufe jedenfalls keine Früchte. Viele müßten vielmehr noch zukaufen, würden also unter einer Zollerhöhung leiden, und darum stimme er für den Kommissionsantrag.

Hiermit schließt die Diskussion.

Berichterstatter Abg. v. Buol: Neue Gesichtspunkte habe die Diskussion nicht ergeben. Er könne sich darum kurz fassen. Schon in seinem Eingangswort habe er darauf hingewiesen, daß der Standpunkt der Kommission eine Zollerhöhung nicht ausschliesse. Die Kommission sei der Meinung, es hätten sich die von dem Zollgesetz erhofften Wirkungen nicht eingestellt, sie habe jedoch mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des badischen Landes der Regierung nicht zumuthen wollen, bei dem Reiche die Initiative zur Herbeiführung einer Zollerhöhung zu ergreifen. Gleichzeitig aber sei sie überzeugt gewesen, daß die Großh. Regierung, falls vom Reiche die Anregung zu einer Steigerung der Kornzölle ausgehen sollte, sich nicht prinzipiell ablehnend verhalten würde. Jedenfalls werde die Landwirtschaft durch das, was im Wege der Zollerhöhung geschehen könne, ihre Wünsche nicht erfüllt sehen.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Antrag der Abgg. Klein und Gen. mit 25 Stimmen — 18 Stimmen waren dagegen — angenommen.

Der zweite, die Differentialtarife betreffende Antrag der Kommission wurde, wie gestern bereits mitgetheilt, debattelos angenommen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 3. Mai.

(Die badische historische Kommission) hat in ihrer zweiten Plenarsitzung beschlossen, dahin zu wirken, daß die Gemeinden, Stiftungen und Korporationen des Landes ihre Archive an dazu geeigneten, vor Feuersgefahr wie vor Feuchtigkeit genügend geschützten Orten aufbewahren, ordnen und verzeichnen lassen. Ueber die zu diesem Zwecke von dem Bureau

der Kommission getroffenen Einleitungen erstattet die soeben ausgegebene Nr. 3 der „Mittheilungen der badischen historischen Kommission“ eingehenden Bericht. Wir entnehmen demselben, daß sich die obersten Staats- und Kirchenbehörden, das Groß-Ministerium des Innern wie das Erzbischöfliche Ordinariat und der Evangelische Oberkirchenrath sehr entgegenkommend bewiesen und die ihnen unterstellten Organe angewiesen haben, den Bestrebungen der historischen Kommission jede thunliche Förderung angedeihen zu lassen. Mit der Leitung und Ueberwachung der einschlägigen Arbeiten wurden von Seiten der Kommission die Herren Archivar Dr. Baumann in Donaueschingen, Geh. Archivrath Dr. v. Weech in Karlsruhe und Hofrath Professor Dr. Winkelmann in Heidelberg betraut, von denen jeder einen Landestheil als Arbeitsgebiet übernahm. Von diesen drei Resipienten wurde sodann für jedes Bezirksamt womöglich ein Vertrauensmann oder Pfleger aufgestellt, um in den einzelnen Orten des Bezirkes die vorhandenen Archivalien aufzusuchen und, wenn thunlich, im Laufe der Zeit zu ordnen und zu verzeichnen. Als Pfleger der badischen historischen Kommission wurden bis jetzt gewonnen für die Bezirksämter Albern Herr Professor Durler, Adelsheim Hr. Rentammann Dr. Weiß, Baden Hr. Prof. Stöffer, Bonndorf Hr. Notar Kreg daselbst und Hr. Notar Dietrich in Stühlingen, Breisach Hr. Diacoms Maurer in Emmendingen, Bretten Hr. Gemeinderath Wörner (für die Orte Sickingen und Hocking Hr. Hauptlehrer Freigenbuß), Bruchsal Hr. Prof. Häußner (für die Stadt Philippsburg Hr. Bürgermeister Kopp), Buchen Hr. Rentammann Dr. Weiß in Adelsheim, Bühl Hr. Pfarrer Reinfried in Moos, Donaueschingen Hr. Amtsrevident Kramer, Durlach Hr. Professor Fecht in Karlsruhe, Emmendingen Hr. Diacoms Maurer, Engen Hr. Amtsrevident Stoder, Ettenheim Hr. Professor Greule, Ettlingen Hr. Professor Keller, Freiburg Hr. Stadt-

archivar Pointignon, Heidelberg Hr. Prof. Salzer, Karlsruhe Hr. Prof. Fecht, Konstanz Hr. Pfarrer Rhombert in Biebingen (für die Stadt Konstanz Hr. Prof. Eisele), Kork Hr. Prof. Ruppert in Mannheim, Lahr Hr. Pfarrer Staudenmaier in Sulz, Lörrach Hr. Prof. Enlein, Mespich Hr. Dr. Gagg, Mosbach Hr. Landgerichtsrath Fleuchaus und Hr. Kulturspektor Baumberger, Müllheim Hr. Stadtpfarrer Siebert, Neustadt Hr. Privatier Dilger, Oberkirch Hr. Prof. Ruppert in Mannheim, Offenburg Hr. Prof. Bräunig, Pforzheim Hr. Prof. Dr. Hartfelder in Heidelberg, Pfullendorf Hr. Hofkaplan Martin in Heiligenberg, Rastatt Hr. Gymnasialdirektor Dr. Oster, St. Blasien Hr. Oberamtmann Dr. Groos, Schönau Hr. Delan Reich, Schopfheim Hr. Prof. Weiß, Sinshelm Hr. Rathschreiber Laug, Staufen Hr. Pfarrer Baum in St. Trudbert und Hr. Pfarrer Rothfeller in St. Ulrich, Stodach Hr. Bezirksarzt Schebler, Tauberbischofsheim Hr. Prof. Dr. Martens, Triberg Hr. Pfarrer Härtlich in Aufbach, Ueberlingen Hr. Rathschreiber Straß in Ueberlingen (für die Stadt Ueberlingen Hr. Prof. Dr. Roder in Bilingen), Bilingen Hr. Prof. Dr. Roder, Waldkirch Hr. Diacoms Maurer in Emmendingen, Waldshut Hr. Oberamtmann Dr. Groos in St. Blasien und Professor Dr. Roder in Bilingen, Wertheim Hr. Prof. Dr. Martens in Tauberbischofsheim (für die Stadt Wertheim Hr. Archivar Dr. Wagner), Wiesloch Hr. Stadtpfarrer Hofmann, Wolfach Hr. Pfarrer Hochweber in Oberwolfach. Die Pflägerschaften in den Bezirksämtern Eberbach, Eppingen, Wannheim, Säckingen, Schwenningen und Weinheim sind vorerst noch unbesetzt. Von den Herrn Pflägern, die allenthalben eine ihrer Thätigkeit förderliches Entgegenkommen finden, ist schon eine Anzahl von Berichten und Verzeichnissen von Archivalien bei dem Bureau der Kommission eingelaufen. In Nr. 3 der „Mittheilungen“ sind

von diesen veröffentlicht das Repertorium des Archives der Stadt Wertheim, das Repertorium über die Archivalien der Grundherrschaft, der Gemeinde und der ev. Pfarrei in Adelsheim, sowie Verzeichnisse von Archivalien aus Orten der Bezirksämter Konstanz und Lörrach. Dieselben weisen eine sehr erhebliche Zahl von Archivalien unter kurzer Angabe ihres Inhaltes nach, welche für die Geschichte der betreffenden Landestheile wichtig und lehrreich sind. Die in so kurzer Zeit nach Begründung der badischen historischen Kommission und nach Inangriffnahme der hier einschlägigen Arbeiten schon zu Tage tretenden Ergebnisse der Lokalrecherche zeigen, wie richtig es war, gerade dieser Aufgabe eine besondere Sorgfalt zuzuwenden, und lassen auch für die Zukunft weitere Veröffentlichungen erwarten, welche geeignet sind, zur Aufhellung der Ortsgeschichte des badischen Landes zu dienen. Schließlich entnehmen wir den „Mittheilungen“ noch die Nachricht, daß an Stelle des leider am 28. Dezember v. J. verstorbenen Herrn Pfarrers Ad. Voell in Ueberlingen Herr Professor Dr. Roder in Bilingen die Ordnung und Repertorierung der Archive in der Stadt Ueberlingen übernommen hat, zu welchem Zwecke ihm ein längerer Urlaub bewilligt wurde, und daß derselbe mit dieser Arbeit voraussichtlich im Monat Mai beginnen wird. **Pforzheim, 2. Mai. (Wahlen, Detroi.)** In der Zeit vom 12. Mai bis 9. Juni werden in hiesiger Stadt die Stadtverordneten-Wahlen stattfinden. — Im Monat April ertrug das städtische Detroi 6734.32 M. gegen 7860.77 M. im April des Jahres 1883. **Reuchsal, 2. Mai. (Fennia-Sparkasse.)** Nach dem Vorgang anderer Städte und Landorte wird demnächst auch hier eine Fennia-Sparkasse errichtet werden, und zwar ist die Anregung dazu vom Vorstand des hiesigen Gemeinnützigen Vereins ausgegangen, der die Gründung und Organisation in die Hand genommen hat.

Handel und Verkehr.

Verloosung. (Dekret. Kreditloose.) Zur Ergänzung der gestrigen Mittheilung. Bei der am 1. Mai 1884 vorgenommenen Verloosung wurden nachstehende Serien gezogen: 721 750 782 825 1043 1163 1869 2372 2832 2933 2986 3159 3346 3481 3521 3707 3897 3971 und S. 4145. Der Haupttreffer mit 150,000 fl. fiel auf S. 4145 Nr. 43, der zweite Treffer mit 30,000 fl. auf S. 3481 Nr. 19, der dritte Treffer mit 15,000 fl. auf S. 721 Nr. 4. Je 5000 fl. gewonnen: S. 721 Nr. 62 und S. 3346 Nr. 79; je 2000 fl.: S. 782 Nr. 38 und S. 3707 Nr. 53; je 1500 fl.: S. 3346 Nr. 86 und 3707 Nr. 29. Ferner gewonnen je 1000 fl.: S. 721 Nr. 54 und Nr. 59, S. 3521 Nr. 98 und S. 3707 Nr. 7.

Berlin, 2. Mai. Die Repartition auf die neue russische Anleihe ist folgende: die Zeichnungen von 50 bis 1450 Pf. St. erhalten je 50, von 1500 ab je 5 Proz., also 1500 bis 2450 erhalten 100, für je weitere 950 Pf. St. der Zeichnung 50 Pf. St. Theilbeträge von 25 resp. 75 werden voll gerechnet.

Washington, 1. Mai. Die Abnahme der Schuld der Unionsstaaten im April beträgt 5,230,000 Dollars. In der Kasse befanden sich Ende April 399,750,000 Doll. in Gold.

Mannheim, 1. Mai. (Zu- und Abfuhr von Getreide und anderen landw. Produkten am hiesigen Plage in der Woche vom 20. bis 26. April d. J.) Das Mehr oder Weniger dieser Woche verhalten mit den Zu- und Abfuhr der Parallelwoche des Vorjahres (in Parenthese) bezieht sich in Kilogramm wie folgt: 1. Von Seite des Großh. Hauptzollamts Mannheim wurden abgefertigt: A. Zufuhr: Weizen 3,605,967 (+ 3,004,857), Gerste 10,192 (- 199,898), Mais 244,186 (- 55,471), Hülsenfrüchte 4000 (- 6000), Sämereien 146,352 (- 644,374), Mehl 80,000 (+ 80,000), Gerst 7500 (- 8000) Zul. 4,098,197 gegen 1,927,493 im Vorjahre, demnach mehr 2,170,704. Von der Zufuhr im Jahr 1884 kamen

3,826,147 vom Ausland gegen 1,927,493 im Vorjahre. B. Abfuhr: Weizen 1,350,000 (+ 850,000), Gerste 50,075 (+ 50,075), Mais 90,000 (+ 37,000), Hülsenfrüchte 5000 (- 5000). Zufammen 1,495,075 gegen 563,000 im Vorjahre, demnach mehr 932,075. Von der Abfuhr im Jahre 1884 gingen 1,385,000 nach dem Ausland gegen 563,000 im Vorjahre. II. Bahnverkehr. A. Versand: Weizen 5,295,290 (+ 2,795,140), Roggen 173,500 (- 43,000), Gerste 147,580 (+ 127,580), Hafer 84,950 (+ 84,950), Hülsenfrüchte 30,500 (- 5000), Mais 222,960 (- 13,340), Delaat 242,840 (+ 128,000). Zufammen 6,197,620 gegen 3,123,290 im Vorjahre, demnach mehr 3,074,330. Von dem Versand im Jahre 1884 gingen 1,388,630 nach dem Auslande gegen 271,200 im Jahre 1883. B. Empfang: Weizen 15,200 (+ 200), Gerste 50,380 (- 334,740), Hafer 26,350 (- 9150), Hülsenfrüchte 4930 (- 10,070). Zufammen 96,860 gegen 450,620 im Vorjahre, somit weniger 353,760. Die Zufuhren im Jahre 1883 und 1884 kamen nur vom Inland.

Der Petroleumverkehr hat sich in der Woche vom 20. bis 26. April d. J. hat sich in nachstehender Weise vollzogen:

1884 gegen 1883	
Vorrath, Anfang der Woche . . .	5164 " 4883 Fässer
Zugang . . .	470 " 2 "
zusammen . . .	5634 " 4885 "
Abgang . . .	873 " 360 "
Vorrath, Ende der Woche . . .	4761 " 4525 "

Rhein, 2. Mai. Weizen loco hiesiger 18.20, loco fremder 19.-, per Mai 17.80, per Juli 17.90. Roggen loco hiesiger 15.-, per Mai 14.-, per Juli 14.40. Rüböl loco mit Faß, 30.50, per Mai 30.-, Hafer loco hiesiger 15.-.

Bremen, 2. Mai. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Standard white loco 7.60, per Juni 7.70, per Juli 7.80, per August 7.90, per September 8.10. Weichend. Wochenablieferungen 8771 Barrels. Amerik. Schmelzschmalz Wilcox nicht bezollt 43' 2.

Paris, 2. Mai. Rüböl per Mai 67.70, per Juni 68.-, per Juli August 69.70, per Sept.-Dez. 71.20. Weichend. — Spiritus per Mai 43.50, per Sept.-Dez. 45.50. Still. — Zucker, weißer, disc. Nr. 3, per Mai 45.60, per Dt.-Jan. 48.80. Still. — Mehl, 9 Marken, p. Mai 46.30, per Juni 47.10, per Juli-Aug. 48.20, per Sept.-Dez. 49.80. Behauptet. — Weizen per Mai 22.90, per Juni 23.10, per Juli-Aug. 23.70, per Sept.-Dez. 24.10. Behauptet. — Roggen per Mai 16.-, per Juni 16.20, per Juli-Aug. 16.50, per Sept.-Dez. 16.70. Still. — Talg, disponibel 85.75. — Wetter: bedekt.

Antwerpen, 2. Mai. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Stimmung: Mitt. Raffinirt. Tove weiß, disc. 18' 1/2.

New-York, 1. Mai. (Schlußbericht.) Petroleum in New-York 8' 1/2, dto. in Philadelphia 8' 1/2, Mehl 3 65, Hoher Winterweizen 1.09, Mais (old mixed) 61, Haranna-Ruder 5' 1/2, Kaffee, Rio good fair 10' 1/2, Schmalz (Wilcox) 9.-, Eyed 9' 1/2, Getreidefracht nach Liverpool 1' 1/2.

Baumwoll-Zufuhr 300 B., Ausfuhr nach Großbritannien 1000 B., dto. nach dem Continent 1000 B.

Schiffsbewegung der Hamburger Post-Dampfer: „Aethia“ von Hamburg am 30. April in New-York angel. „Lestina“ von New-York am 29. April in Hamburg angel. „Allemania“ am 26. April von St. Thomas nach Hamburg abgegangen. „Eburnia“, „Silesia“, beide von Westindien nach Hamburg am 28. resp. 29. April in Havre angel. „Saxonia“ am 26. April in St. Thomas, „Dorussia“ am 29. April in Vera Cruz angel. „Tentonia“, am 28. April von St. Thomas abg. „Argentina“ am 28. April in Bahia, „Sifabon“ am 29. April in Montevideo angel. „Baranaga“, von Brasilien kommend, am 29. April Dover passirt. — Mitgetheilt durch die Herren K. Schmitt u. Sohn, Karlsstraße hier, Vertreter der Hamburger Post-Dampfschiffe.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trösk in Karlsruhe.

Frankfurter Kurse vom 2. Mai 1884.

1 Rente = 80 Pfg., 1 Rente = 20 Pfg., 1 Dollar = Amt. 4. 25 Pfg., 1 Silber- ruble = Amt. 3. 20 Pfg., 1 Mark Banco = Amt. 1. 50 Pfg.	1884	1883	1882	1881	1880	1879	1878	1877	1876	1875	1874	1873	1872	1871	1870	1869	1868	1867	1866	1865	1864	1863	1862	1861	1860	1859	1858	1857	1856	1855	1854	1853	1852	1851	1850	1849	1848	1847	1846	1845	1844	1843	1842	1841	1840	1839	1838	1837	1836	1835	1834	1833	1832	1831	1830	1829	1828	1827	1826	1825	1824	1823	1822	1821	1820	1819	1818	1817	1816	1815	1814	1813	1812	1811	1810	1809	1808	1807	1806	1805	1804	1803	1802	1801	1800	1799	1798	1797	1796	1795	1794	1793	1792	1791	1790	1789	1788	1787	1786	1785	1784	1783	1782	1781	1780	1779	1778	1777	1776	1775	1774	1773	1772	1771	1770	1769	1768	1767	1766	1765	1764	1763	1762	1761	1760	1759	1758	1757	1756	1755	1754	1753	1752	1751	1750	1749	1748	1747	1746	1745	1744	1743	1742	1741	1740	1739	1738	1737	1736	1735	1734	1733	1732	1731	1730	1729	1728	1727	1726	1725	1724	1723	1722	1721	1720	1719	1718	1717	1716	1715	1714	1713	1712	1711	1710	1709	1708	1707	1706	1705	1704	1703	1702	1701	1700	1699	1698	1697	1696	1695	1694	1693	1692	1691	1690	1689	1688	1687	1686	1685	1684	1683	1682	1681	1680	1679	1678	1677	1676	1675	1674	1673	1672	1671	1670	1669	1668	1667	1666	1665	1664	1663	1662	1661	1660	1659	1658	1657	1656	1655	1654	1653	1652	1651	1650	1649	1648	1647	1646	1645	1644	1643	1642	1641	1640	1639	1638	1637	1636	1635	1634	1633	1632	1631	1630	1629	1628	1627	1626	1625	1624	1623	1622	1621	1620	1619	1618	1617	1616	1615	1614	1613	1612	1611	1610	1609	1608	1607	1606	1605	1604	1603	1602	1601	1600	1599	1598	1597	1596	1595	1594	1593	1592	1591	1590	1589	1588	1587	1586	1585	1584	1583	1582	1581	1580	1579	1578	1577	1576	1575	1574	1573	1572	1571	1570	1569	1568	1567	1566	1565	1564	1563	1562	1561	1560	1559	1558	1557	1556	1555	1554	1553	1552	1551	1550	1549	1548	1547	1546	1545	1544	1543	1542	1541	1540	1539	1538	1537	1536	1535	1534	1533	1532	1531	1530	1529	1528	1527	1526	1525	1524	1523	1522	1521	1520	1519	1518	1517	1516	1515	1514	1513	1512	1511	1510	1509	1508	1507	1506	1505	1504	1503	1502	1501	1500	1499	1498	1497	1496	1495	1494	1493	1492	1491	1490	1489	1488	1487	1486	1485	1484	1483	1482	1481	1480	1479	1478	1477	1476	1475	1474	1473	1472	1471	1470	1469	1468	1467	1466	1465	1464	1463	1462	1461	1460	1459	1458	1457	1456	1455	1454	1453	1452	1451	1450	1449	1448	1447	1446	1445	1444	1443	1442	1441	1440	1439	1438	1437	1436	1435	1434	1433	1432	1431	1430	1429	1428	1427	1426	1425	1424	1423	1422	1421	1420	1419	1418	1417	1416	1415	1414	1413	1412	1411	1410	1409	1408	1407	1406	1405	1404	1403	1402	1401	1400	1399	1398	1397	1396	1395	1394	1393	1392	1391	1390	1389	1388	1387	1386	1385	1384	1383	1382	1381	1380	1379	1378	1377	1376	1375	1374	1373	1372	1371	1370	1369	1368	1367	1366	1365	1364	1363	1362	1361	1360	1359	1358	1357	1356	1355	1354	1353	1352	1351	1350	1349	1348	1347	1346	1345	1344	1343	1342	1341	1340	1339	1338	1337	1336	1335	1334	1333	1332	1331	1330	1329	1328	1327	1326	1325	1324	1323	1322	1321	1320	1319	1318	1317	1316	1315	1314	1313	1312	1311	1310	1309	1308	1307	1306	1305	1304	1303	1302	1301	1300	1299	1298	1297	1296	1295	1294	1293	1292	1291	1290	1289	1288	1287	1286	1285	1284	1283	1282	1281	1280	1279	1278	1277	1276	1275	1274	1273	1272	1271	1270	1269	1268	1267	1266	1265	1264	1263	1262	1261	1260	1259	1258	1257	1256	1255	1254	1253	1252	1251	1250	1249	1248	1247	1246	1245	1244	1243	1242	1241	1240	1239	1238	1237	1236	1235	1234	1233	1232	1231	1230	1229	1228	1227	1226	1225	1224	1223	1222	1221	1220	1219	1218	1217	1216	1215	1214	1213	1212	1211	1210	1209	1208	1207	1206	1205	1204	1203	1202	1201	1200	1199	1198	1197	1196	1195	1194	1193	1192	1191	1190	1189	1188	1187	1186	1185	1184	1183	1182	1181	1180	1179	1178	1177	1176	1175	1174	1173	1172	1171	1170	1169	1168	1167	1166	1165	1164	1163	1162	1161	1160	1159	1158	1157	1156	1155	1154	1153	1152	1151	1150	1149	1148	1147	1
--	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	---